



## Informationen aus Land und Kreis

### Mehr Geld für die Landesstraßen im Kreis Viersen

Im Haushalt 2018 sind alleine für den Erhalt unserer Landesstraßen 160,85 Millionen Euro vorgesehen. Für den Kreis Viersen stehen dafür 3,3 Millionen Euro zur Verfügung.



Für 2018 sind folgende konkrete Maßnahmen geplant: Decken- und Radwegesanierung zwischen Viersen und Mönchengladbach bei Ausfahrt MG Nord (L 116), Deckensanierung bei Kempen-Voesch an der A40 (L 362), Fahrbahnsanierung zwischen Niederkrüchten und Schwalmtal (L 372), Deckensanierung an der L 390 von Willich-

Schiefbahn (L 361) bis Kaarst (L 154), Radwegesanierungen in Brüggen an der L 37/L 373 sowie zwischen Kempen und Wachtendonk (L 361).

Viel zu lange ist das Verkehrsnetz in Nordrhein-Westfalen auf Verschleiß gefahren worden. Rot-Grün hat Investitionen in diesem Bereich sträflich vernachlässigt. Auch der Landesrechnungshof hatte bereits vor Jahren gefordert, die Höhe der Investitionsmittel für Erhalt und Ausbau unserer Landesstraßen dynamisch anzuheben.

Mit dem nun vorliegenden Programm stoppen wir den Substanzverzehr und investieren in vordringliche Vorhaben. Wir halten damit unser Versprechen und stärken die Verkehrsinfrastruktur, damit Nordrhein-Westfalen wieder in Bewegung kommt.

### Themen dieser Ausgabe:

CDU im Kreis beteiligt sich an Programmerarbeitung	2
Verbot der Gesichtsverhüllung im Gerichtssaal	2
Emissionsarme Antriebsmöglichkeiten fördern	3
Kommunen erhalten 100 Mio. € für Integration	3
Gewalt gegen Einsatzkräfte bekämpfen	3
Traditionelles Fischessen der CDU Schwalmtal	4
Allianz für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen	4
Besuch des ghanaischen Präsidenten im Landtag	4
NE-Bahnstrecken fördern	5
BFE-Hundertschaften bei der Polizei	5
Verkehrsunfallstatistik: weniger Unfalltote	5
Berger zu Gast bei JU	6
Kreisparteitag am 10. März	6

### Zukunft gestalten statt Schulden verwalten

Die Landesregierung hat Mitte Januar den vorläufigen Haushaltsabschluss 2017 vorgelegt. Er zeigt, dass die NRW-Koalition eine grundlegende Wende in der Haushalts- und Finanz-

politik unseres Landes eingeleitet hat.

Die tatsächliche Neuverschuldung 2017 fällt um 500 Millionen Euro geringer aus als von der Vorgänger-

regierung geplant. Das schafft Möglichkeiten, um die NRW-Kommunen weiter finanziell zu entlasten und die Zuführungen für den Pensionsfonds des Landes zu erhöhen.

## CDU im Kreis Viersen beteiligt sich an Programmearbeitung

Die CDU im Kreis Viersen wird sich intensiv an der Erarbeitung des neuen Parteiprogramms der Bundespartei beteiligen. „Wir haben bei uns gute Erfahrungen damit gemacht, die Mitglieder in einen solchen Prozess frühzeitig einzubeziehen“ so Kreisvorsitzender Marcus Optendrenk.



Die neue Generalsekretärin der Bundes-CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, hatte die Programmearbeit auf dem Bundesparteitag in Berlin angekündigt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich die Union im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung aufstellt und wie sich die CDU als Volkspartei mit ihren drei Wurzeln - konservativ, christlich-sozial und liberal - auf die neuen Herausforderungen einstellt.

„Dabei geht es für uns nicht um ideologische Fragen, sondern wertgebundene und nachvollziehbare Antworten auf die Zukunftsfragen“, erläutert Optendrenk. „Wir werden die Mitglieder beteiligen, aber auch externe Fachleute als Referenten zu Themenveranstaltungen einladen.“

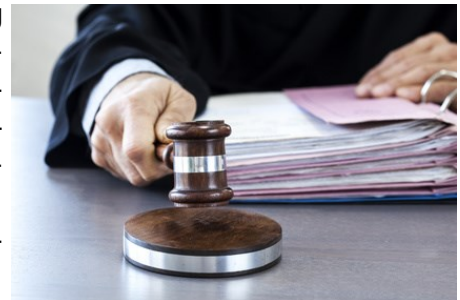
Insgesamt sieben Delegierte waren aus dem Kreisverband Viersen zum 30. Bundesparteitag nach Berlin geladen worden. Die Agenda sah neben der Aussprache und Abstimmung zum erarbeiteten Koalitionsvertrag auch die Wahl der neuen Generalsekretärin vor. In einer fast dreistündigen Debatte wurde das Für und Wider des Koalitionsvertrages diskutiert. Am Ende stimmten bis auf 27 Delegierte alle für den Eintritt in die Neuauflage der großen Koalition. In dem 177 Seiten starken Papier ist deutlich die christlich-demokratische Handschrift zu erkennen: familienfreundliche Politik, Stärkung der Pflege, Stärkung der Kommunen und Unterstützung in der Bildung. Dazu kommt eine klar formulierte Einwanderungs- und Asylpolitik mit starken Zielen in der inneren Sicherheit.

Die Beschlüsse des Bundesparteitags und weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## Verbot der Gesichtsverhüllung im Gerichtssaal

Das Landeskabinett hat Eckpunkte zur Förderung religiöser und weltanschaulicher Neutralität in der Justiz und zum Verbot der Gesichtsverhüllung im Gerichtssaal gebilligt: In einem Neutralitätsgesetz des Landes soll Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Schöffinnen und Schöffen sowie den übrigen Justizangehörigen untersagt werden, in Gerichtsverhandlungen und bei Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern religiös oder weltanschaulich anmutende Kleidung zu tragen. Denn das äußere Erscheinungsbild der Justizangehörigen darf im Hinblick auf die Neutralitätspflicht des Staates nicht den geringsten Anschein von Voreingenommenheit erwecken.

Darüber hinaus wird NRW durch eine Bundesratsinitiative auf eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes hinwirken, um ein umfassendes Verbot der Gesichtsverhüllung während der Gerichtsverhandlung für sämtliche Verfahrensbeeteiligte einzuführen. Dem Gericht soll



zur Erforschung der Wahrheit die Ausschöpfung sämtlicher Erkenntnismittel einschließlich der Mimik der im Gerichtssaal anwesenden Personen ermöglicht werden.

Foto: © sepra - Fotolia

## Emissionsarme Antriebsmöglichkeiten fördern

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat entschieden, dass Dieselfahrverbote in Innenstädten grundsätzlich rechtlich zulässig sind.



Foto: © sepra - Fotolia

Die CDU-Fraktion respektiert diese Entscheidung. Allerdings darf das Urteil kein Freifahrtschein für Fahrverbote von Dieselfahrzeugen sein. Wir setzen vielmehr auf bereits in Arbeit befindliche, überarbeitete und verbesserte Luftreinhaltepläne, damit keine Verbote ausgesprochen werden müssen.

Fahrverbote würden die individuelle Mobilität vieler Einwohner der Städte sowie Pendler zu stark einschränken und innerstädtisches Handwerk, Handel und Mittelstand in ihrer Existenz bedrohen. Nicht nur Dieselabgase tragen zur Belastung in den Innenstädten bei, sondern auch der Schiffs-, Luft- und Schienenverkehr sowie Industrieanlagen, schlecht abgestimmte Verkehrssteuerung und Kleinf Feuerungsanlagen.

Daher braucht es ein Maßnahmenbündel, das auch kurzfristig dafür sorgt, die Luft in den Städten spürbar zu verbessern. Dazu gehört, technologieoffen emissionsarme Antriebsmöglichkeiten insbesondere für die öffentlichen Verkehre und den Lieferverkehr zu fördern und rasch auf die Straße zu bringen.

## Kommunen erhalten 100 Millionen Euro für Integrationsarbeit

Die NRW-Koalition hält ihr Wort und setzt den partnerschaftlichen Kurs mit Kreisen, Städten und Gemeinden fort. Daher werden 100 Millionen Euro für die Integrationsarbeit vor Ort an die Städte und Gemeinden weitergeleitet. Die kommunalen Spitzenverbände werteten die Maßnahme übereinstimmend als „wichtiges Zeichen des Respekts und der Anerkennung der kommunalen Integrationsarbeit vor Ort.“

In Zusammenarbeit mit den Kommunen wird zurzeit eine verlässliche Grundlage für die Verteilung der Mittel erarbeitet, die auch für die zukünftig zu erwartenden

Bundesmitten für Integrationsarbeit Gültigkeit behält. Der Verteilungsschlüssel wird integrationspolitischen Zielen Rechnung tragen, Rechtssicherheit bringen und einfach in der Umsetzung sein, unterschiedliche integrationspolitische Belastungen vor Ort berücksichtigen und eine faire Verteilung in der kommunalen Familie ermöglichen.



Foto: © Frank Gärtner - Fotolia

Rechnung tragen, Rechtssicherheit bringen und einfach in der Umsetzung sein, unterschiedliche integrationspolitische Belastungen vor Ort berücksichtigen und eine faire Verteilung in der kommunalen Familie ermöglichen.

## Gewalt gegen Einsatzkräfte bekämpfen

Die Gewalt gegen Einsatzkräfte des Rettungsdienstes, der Feuerwehr oder auch der Polizei und die damit zum Ausdruck



Foto: © benjaminolte - Fotolia

gebrachte Respektlosigkeit sind ein besorgniserregendes Phänomen unserer Zeit. Zugleich sind sie ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem. Angriffe auf diejenigen,

die uns schützen oder retten wollen, sind völlig inakzeptabel.

Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist es ein richtiger und wichtiger Schritt, dass alle Beteiligten gemeinsam bestehende Maßnahmen gezielt anpassen und weitere Vorkehrungen treffen, um die Gewalt gegen Einsatzkräfte zu reduzieren. Neben konkreten Maßnahmen wie Deeskalationstraining oder Selbstverteidigung, die in die Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte integriert werden, sind auch bestehende Meldewege auf ihre Akzeptanz zu überprüfen, um schnellstmöglich zu reagieren.



### Traditionelles Fischessen der CDU Schwalmtal

Stefan Berger begrüßte am 14. Februar 2018 rund 50 Parteimitglieder in der Gaststätte Bax Tacken zum traditionellen Fischessen der CDU Schwalmtal. Berger: „Schwalmtal befindet sich in einer sehr guten Verfassung. Unser Vorstand und

unsere Fraktion wollen im nächsten Jahr die internen Grundlagen für die Kommunalwahl 2020 legen. Dazu hat der Vorstand eine Arbeitsgruppe berufen, mit deren Ergebnissen sich im Laufe des Jahres befasst werden soll.“



In seiner Rede bezog der Kreisvorsitzende Marcus Optendrenk Stellung zum Koalitionsvertrag der großen Koalition. Er betonte die Wichtigkeit der Rolle Deutschlands in Europa und hob die gute Entwicklung in den Bereichen Konjunktur, Wirtschaft und Sicherheit hervor. Im Anschluss daran fand eine breite Diskussion über die Inhalte des Koalitionsvertrages statt.

### Allianz für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen

NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach hat gemeinsam mit zahlreichen Verbänden die Allianz für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen. Das Bündnis tritt unter anderem für mehr Wohnungsbau und Eigentumsbildung ein. Damit wird eines der zentralen Vorhaben der NRW-Koalition in die Tat umgesetzt.

Gerade Familien in unserem Land brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit der geplanten Eigentumsförderung können sich junge Familien den Traum eines Eigenheims bald leichter erfüllen. Die neue Landesregierung legt Wert auf eine ausgewogene Wohnungs-

baupolitik. Die Eigentumsförderung erfährt nach Jahren der Vernachlässigung wieder gleichberechtigte Wertschätzung in der Landespolitik.

Eine Steigerung der Eigentumsquote wirkt sich auch positiv auf das Angebot von Mietwohnungen



Foto: © Ideenkoch - Fotolia

aus. Denn jeder Bürger, der Eigentum erwirbt, macht daran anschließend eine Mieteinheit frei für den Wohnungsmarkt.

### Besuch des ghanaischen Präsidenten im Landtag

Ghana ist seit zehn Jahren Partnerland von NRW. Bei einem Besuch des ghanai-



schen Präsidenten im nordrhein-westfälischen Landtag durfte Marcus Optendrenk am Empfang des Präsidenten beim Landtagpräsidenten André Kuper teilnehmen.

Neben der allgemeinen Kontaktpflege ging es auch um konkrete Hilfe zur Selbsthilfe für ein Land, das politisch stabil ist und sich wirtschaftlich gut entwickelt.

## NE-Bahnstrecken fördern

Um mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und gleichzeitig die Anbindung unserer Wirtschaftsunternehmen zu verbessern, muss die Förderung von Strecken der nichtbundeseigenen Eisenbahn (NE-Bahn) wieder aufgenommen werden. Unter Rot-Grün wurde diese Förderung abgeschafft.

Das hatte einen massiven Investitionsstau bei der Erneuerung und der Erhaltung der Strecken und damit Schaden für die heimische Wirtschaft zur Folge, weil diese Strecken oft die sogenannte letzte Meile für Unternehmen sind, die bahngeeignete Güter wie Stahl, Chemie, Großmaschinen, Schüttgüter oder Flüssigkeiten auf die Schiene bringen wollen. Zudem kommen

aktuell die Kapazitäten des Schienennetzes an ihre Grenzen, was wiederum negative Auswirkungen auf das Straßennetz hat.

Die Wiederaufnahme einer unbürokratischen Landesförderung ist der richtige Weg, der verkehrs- und wirtschaftspolitischen Bedeutung der NE-Bahnstrecken gerecht zu werden und das Schienennetz in Nordrhein-Westfalen fit für die Zukunft zu machen.



## Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften bei der Polizei

Auch in der nordrhein-westfälischen Polizei wird es in Zukunft sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) geben. Die sechs Einheiten werden



Foto: © jonasginter - Fotolia

in drei Hundertschaften an den Standorten Bochum, Wuppertal und Köln zusammengefasst. Die erste BFE soll bereits zum 1. September 2018 in Bochum aufgestellt werden.

Hauptaufgabe der neuen Polizeieinheiten wird die Beweissicherung sowie die Festnahme von gewalttätigen Störern und

Straftätern sein. Sie werden etwa bei Demonstrationen, Razzien oder Ausschreitungen am Rande von Fußballspielen zum Einsatz kommen. Nicht zuletzt die Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg haben gezeigt, wie wichtig BFE in besonderen Einsatzlagen sind.

Das Personal für die drei neuen Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften soll durch landesweite Stellenausschreibungsverfahren rekrutiert werden. Die Beamtinnen und Beamten müssen bereits mindestens zwei Jahre in einer normalen Hundertschaft tätig gewesen sein und besondere Anforderungen bei der körperlichen Leistungsfähigkeit erfüllen. Sie werden zudem speziell geschult und trainiert.

## Verkehrsunfallstatistik: weniger Unfalltote

Die aktuelle Verkehrsunfallstatistik 2017, die Innenminister Herbert Reul in der vergangenen Woche vorgestellt hat, zeigt, dass die Zahl der Unfalltoten in Nordrhein-Westfalen zurückgegangen ist. Dennoch gilt: Jeder Verkehrstote und Schwerverletzte ist einer zu viel.

Mit der konsequenten Weiterverfolgung des Maßnahmenkatalogs des Verkehrssi-

cherheitsprogramms NRW hält die Landesregierung an dem ambitionierten Ziel der „Vision Zero“ fest. Das Gesamtsystem Verkehr soll so verändert werden, dass niemand bei Verkehrsunfällen schwer verletzt oder gar getötet wird. Diese „Vision Zero“ ist das Fernziel; die Reduktion der Zahl der Verkehrstoten um 10 Prozent und die Verringerung der Verletztenzah-

len im vergangenen Jahr ist ein messbarer Erfolg des Programms.

Dazu sind unter anderem Mechanismen notwendig, die schwere LKW-Unfälle reduzieren. Ein Anstieg um 44 Prozent in den vergangenen fünf Jahren zeigt, dass an der Stelle ein massives Problem besteht. Notfallbremsassistenten in Lastkraftwagen können Leben retten. Daher müssen die

Vorschriften für diese Systeme verschärft werden. Sie dürfen nicht mehr vom Fahrer abgeschaltet werden können.



Foto: © benjaminnoite - Fotolia

### Berger zu Gast bei Junger Union



Die Junge Union im Kreis Viersen hat auf ihrer vergangenen Vorstandssitzung die Kandidatur von Stefan Berger für das Europäische Parlament begrüßt und ihm ihre Unterstützung zugesichert.

„Es ist schön, wieder einmal auf einer Kreisvorstandssitzung der Jungen Union zu sein. Gemeinsam haben wir die Chance, mit einer erfolgreichen Nominierung, europäische Politik noch näher zu den Menschen in unserer Heimat zu transportieren“, so Berger.

### Kreisparteitag am 10. März 2018

Alle Mitglieder der CDU im Kreis Viersen sind herzlich zum nächsten Kreisparteitag eingeladen.

**Samstag, den 10. März 2018, 9.30 Uhr**  
**Albert-Mooren-Halle, Niedertor 8**  
**47929 Grefrath-Oedt**

Neben den Vorstandswahlen begrüßen wir den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, zum Thema „Innere Sicherheit – was haben wir geschafft, was liegt vor uns“. Wir würden

uns freuen, wenn Sie an diesem Parteitag teilnehmen würden!



**Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk**  
**CDU Kreisverband Viersen**  
**Goetersstr. 54, 41747 Viersen**



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)